

Klasse

Nationen;

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Terrorismusbekämpfung

Frau

Berlin

Heidi Meinzolt-Depner

Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrats

Kreuzwen 6

82131 St~ckdorf

@bk.bund.de

Bundeskanzleramt

Victoria Zimmermann v. Siefert
Vortragende Legationsrätin 1.

Globale Fragen; Vereinte

Menschenrechte;

HAUSANSCHRIFT

Willy-Brandt-Stral3e 1, 10557

POSTANSCHRIFT

11012 Berlin

TEL

+49(0)1888 400-2222

FAX

+49(0)1888400-1835

E-MAIL

victoria.zimmermann-von-siefert

Berlin, 28. August 2006

Sehr geehrte Frau Meinzolt-Depner,

haben Sie vielen Dank für Ihr an die Bundeskanzlerin gerichtetes Schreiben vom

1. Juli 2006, mit dem Sie die Bundesregierung erneut auffordern, einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu erstellen.

Die Bundeskanzlerin hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Vereinten Nationen haben mit der Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Jahr 2000 eine tragfähige Grundlage für eine geschlechtersensible Sicherheitspolitik geschaffen. Deutschland ist seit 2003 Mitglied der informellen Gruppe der Freunde der Resolution 1325 und hat sich auch als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates in den Jahren 2003 und 2004 für die Umsetzung der Resolution eingesetzt. Die deutsche Krisenpräventionspolitik erkennt die besondere Rolle von Frauen bei Konfliktbeilegung und Friedenssicherung an und fördert ihre Beteiligung an

Wiederaufbauprozessen.

Der 1. Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung", der am 31. Mai 2006 vom Bundeskabinett verabschiedet und dem Deutschen Bundestag zugeleitet wurde, macht das besondere Engagement der Bundesregierung im Bereich „Gleichberechtigung der Geschlechter und Krisenprävention“ ganz deutlich. Die Bundesregierung führt einen ständigen intensiven Dialog über ihre Beiträge zur konkreten projektorientierten Umsetzung der Resolution 1325 vor Ort in allen Konfliktregionen. Der Querschnittsansatz des „Gender Mainstreaming“ in allen relevanten Politikbereichen bietet die besten Aussichten, die Resolution im gesamten Regierungshandeln zu verankern. Der Querschnittsansatz bietet zudem die Möglichkeit, flexibel auf aktuelle Probleme in Krisenregionen reagieren zu können.

Die Bundesregierung ist deshalb nicht der Auffassung, dass ein Nationaler Aktionsplan bessere Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Umsetzung der Resolution schaffen würde.

Darüber hinaus ist die Bundesregierung der Auffassung, dass im Beirat „Zivile Krisenprävention“ nicht nur über die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“, der auch Frauenorganisationen angehören, gendersensitive Expertise vorhanden ist. Als Querschnittsthema und -aufgabe findet sich diese außerdem bei vielen anderen Fachorganisationen, die sich mit dem Thema Krisenprävention befassen.

Ich habe Ihr Schreiben auch dem Auswärtigen Amt als zuständigem Ressort übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

i.V. Knut Abraham